

Zusammenarbeit einer Ländergruppe nicht mal auf der Tagesordnung des Nizza-Gipfels. Das hat sich alles geändert nach den jüngsten Reden des deutschen Außenministers Joschka Fischer, des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und des italienischen Regierungschefs Azeglio Ciampi.

SPIEGEL: Ist es erforderlich, in Europa eine Art von Bundesstaat zu formen, wie es Fischer und Chirac befürwortet haben?

Padoa-Schioppa: Am Ende muss eine politische Union von echt supranationalem Charakter stehen. Doch noch ist es schwierig zu definieren, was das für eine Union sein soll. Was sich in Europa bereits entwickelt hat, korrespondiert mit keinem



Finanzpolitiker Greenspan, Fabius
„Lernen braucht Zeit“

existierenden Modell, nicht mit den Vereinigten Staaten, nicht mit der deutschen Bundesrepublik, nicht mit der Schweizer Föderation. Europa wird ein eigenes selbstständiges Modell bleiben, in dem die Nationalstaaten eine größere Rolle spielen als die Bundesstaaten in den USA oder die Länder in Deutschland. Doch wir brauchen die Debatte über die „Finalität“ Europas, über die Frage, was aus der gegenwärtigen Union am Ende werden soll.

SPIEGEL: Wenn es in Nizza keine Zustimmung für ein vertraglich geregeltes Europa der zwei Geschwindigkeiten gibt, will der deutsche Außenminister sich damit nicht zufrieden geben. Fischer fordert, eine kleinere Staatengruppe, also zum Beispiel Deutschland und Frankreich, solle notfalls außerhalb der europäischen Verträge die Integration vorantreiben. Ist das nicht eine Gefahr für den Zusammenhalt der gesamten Union?

Padoa-Schioppa: Als Zentralbanker kann ich dazu nichts sagen. Aber als überzeugter Europäer habe ich eine Meinung. Vieles, was in den vergangenen 30 Jahren an Fortschritt gelungen ist, hat außerhalb des Vertrages begonnen. Die Institution des Europäischen Rats, der Gipfel der Staats- und Regierungschefs also, war im Vertrag nicht vorgesehen; das Europäische Währungssystem begann außerhalb des Vertrags wie

die Vereinbarungen über verminderte Grenzkontrollen. Das alles hat der Union nicht geschadet, sondern genützt.

SPIEGEL: Verstärkte Zusammenarbeit ist die eine Seite, die andere ist die beschlossene Erweiterung der Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten. Viele Bürger fürchten unkalkulierbare Folgen für Löhne, Arbeitsplätze – und den Kurs des Euro.

Padoa-Schioppa: Die Menschen fühlen sich nun mal bei vielen neuen Dingen unsicher. Doch die Erweiterung ist eine politische Verpflichtung für die EU, wie die Wiedervereinigung das für Deutschland war. Ohne Erweiterung gäbe es nicht mehr, sondern weniger Stabilität in Europa. Die Furcht vor einer Euro-Schwäche als Folge der Erweiterung ist allerdings unbegründet. Wir bei der Europäischen Zentralbank arbeiten sehr fruchtbar mit den Zentralbanken der Beitrittsländer zusammen. Diese Länder werden zwar Mitglieder der Union, aber sie werden nicht Teil der Währungsunion. Das dauert länger.

SPIEGEL: Viele Experten erwarten, dass die neuen Mitglieder ihre Währungen sehr rasch an den Euro binden. Erhöht das nicht die Risiken der Geldpolitik?

Padoa-Schioppa: Die Beitrittsländer haben zusammen ein Bruttosozialprodukt von nur sechs Prozent des gesamten europäischen Sozialprodukts. Zu fürchten, von diesen Ländern könne Euro-Land monetär destabilisiert werden, ist nicht rational.

SPIEGEL: Es geht nicht immer rational zu.

Padoa-Schioppa: Sicher gibt es irrationale Ängste, so ist nun mal das Leben. Die einzige Möglichkeit, auf irrationale Ängste der Menschen zu reagieren, sehe ich darin, kein Problem zu leugnen, aber immer wieder die Fakten darzustellen.

SPIEGEL: Die Experten des IWF sehen Anzeichen dafür, dass die europäischen Regierungen wegen der guten Konjunktur die Fehler der Vergangenheit wiederholen, also eine Politik auf Pump betreiben. Ist das eine reale Gefahr?

Padoa-Schioppa: In der Tat wächst die Neigung, die Konsolidierung der Staatsfinanzen angesichts der guten ökonomischen Entwicklung zu verlangsamen. Man braucht aber einen Budgetüberschuss in guten Jahren, um sich in schlechten Jahren Defizite leisten zu können. Diese Chance zu verpassen, das war der Fehler in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.

SPIEGEL: Und heute wird dieser Fehler wiederholt?

Padoa-Schioppa: Ich beobachte zumindest eine gewisse Sorglosigkeit bei diesem Thema. Ich kann die Finanzminister nur dringend bitten, sich die volkswirtschaftlichen Daten im Detail anzuschauen. Man darf sich von den Verbesserungen der Staatsfinanzen, die nur ein Effekt des größeren Wachstums sind, nicht faszinieren lassen. Der Vorteil verschwindet, sobald die Wirtschaft stockt.

INTERVIEW: WINFRIED DIDZOLEIT

ZEITGESCHICHTE

Aus dem Hinterhalt

Als Kritiker der Wehrmachtsausstellung wurde Bogdan Musial bekannt. Jetzt hat der deutsch-polnische Historiker ein höchst fragwürdiges Buch geschrieben.

Am Anfang waren die Taschentücher. Bogdan Musial fielen sie sofort auf, als er 1997 die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung erstmals besuchte. Wieso hielten sich die Landser auf den Fotos den Stoff vor die Nase, wenn sie die Menschen zu ihren Füßen gerade erst erschossen hatten?

Der Doktorand der Geschichtswissenschaft forschte nach. Ausstellungsmacher Hannes Heer und Institutsdirektor Jan Philipp Reemtsma wollten schließlich mit der Bilderschau den Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten während des Zweiten Weltkriegs belegen. Die Recherchen des in Polen geborenen Historikers deckten gravierende Fehler auf: Die Schnappschüsse aus dem Sommer 1941 zeigten nicht etwa Opfer der Wehrmacht, sondern von Stalins Geheimpolizei NKWD. Die deutschen Soldaten hielten sich die Nase zu, um sich gegen den Verwesungsgeruch der exhumierten Leichen zu schützen.

Im Herbst vorigen Jahres, nach Berichten über Musials Funde im SPIEGEL, gestanden Heer und Reemtsma den Irrtum schließlich ein und schlossen die Wehrmachtsausstellung zur Überarbeitung.

Nun erweist sich der furchtlose Aufklärer als Wissenschaftler von dubiosen Qualitäten. In seinem neuen Buch versteigt sich Musial immer wieder zu absurden Thesen





Juden in Ostpolen

Sündenböcke für Stalins Terror

über die Rolle von Opfern und Tätern bei den Mordserien in Ostpolen in den ersten Jahren des Zweiten Weltkriegs*.

Hitler und Stalin hatten sich im August 1939 geeinigt, Polen zu teilen. Über 380 000 Menschen ließ der sowjetische Diktator aus seinem Teil deportieren und mindestens 20 000 in Katyn und anderswo erschießen. Als Hitler im Juni 1941 die Sowjetunion überfiel und die Rote Armee aus Ostpolen floh, fielen Ukrainer, Polen und Litauer über ihre jüdischen Nachbarn her, teilweise noch vor Eintreffen der Wehrmacht. Wenige Tage später begann die SS mit dem Erschießen jüdischer Männer und leitete so den Holocaust ein.

Musial versucht, die Gründe für diese Orgie der Gewalt zu erkunden – und kommt dabei zu Folgerungen, die die Schuld der Täter relativieren. Mit zweifelhaften Formulierungen erklärt er die sowjetischen Verbrechen zur Ursache für die Brutalisierung der deutschen Kriegsführung und spricht Juden eine Teilverantwortung für die Pogromgelüste von Polen, Ukrainern und Litauern zu.

Unkritisch übernimmt Musial die antisemitischen Klischees von Zeitzeugen. Ju-

den schießen bei ihm nicht von vorn, sondern „aus dem Hinterhalt“; eine jüdische Krankenschwester soll sich geweigert haben, polnische Patienten zu behandeln; jüdische Händler boykottierten angeblich ihre polnische Kundschaft.

Der einstige Solidarność-Aktivist Musial, der sich 1985 in die Bundesrepublik absetzte und inzwischen einen deutschen Pass besitzt, hat ein großes Thema, das er mit Eifer verfolgt: die Verbrechen des Kommunismus in Polen. Dass Heer und Reemtsma der Wehrmacht ausgerechnet Opfer Stalins unterschoben, hat ihn besonders empört.

Doch gerade die Geschichte Ostpolens erfordert eine besonders vorsichtige Bewertung von Schuld und Sühne. Seit Jahrhunderten sind in dem Armenhaus Europas immer wieder Ukrainer, Polen, Litauer übereinander und über Juden hergefallen. Offene Rechnungen gab es aus Sicht der Betroffenen auch 1939 zuhauf. Ukrainische und weißrussische Bauern fühlten sich von den polnischen Großgrundbesitzern ausgebeutet; die jüdischen Klein Händler aus dem Shtetl, die Kredite zur Wucherzinsen vergaben, waren das Ziel eines brutalen Antisemitismus. Und die Regierung in Warschau hatte die Glut noch zusätzlich angefacht.

Polen und Ukrainer fühlten sich nach der sowjetischen Besetzung 1939 ohne Zweifel durch Juden verfolgt, in denen sie Stalins willige Helfer sahen. Der polnische Untergrund vermeldete: „Die Juden drangsalierten die Polen schrecklich und verfolgen alles, was mit dem Polentum zu tun hat.“

Musial genügen solche Aussagen als Beleg für die Verallgemeinerung, dass unter Stalins Kollaborateuren „relativ viele NKWD-Informanten und Denunzianten, die sich aktiv und zumeist freiwillig an den sowjetischen Verbrechen beteiligten, jüdischer Herkunft waren“. Dabei ist die Gleichsetzung von Kommunisten und Juden in Osteuropa so alt wie der Kommunismus selbst. Musials Zeitzeugen registrierten, was sie zu sehen erwarteten.

Schon vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion herrschte im sowjetisch besetzten Ostpolen Pogromstimmung. Obwohl Stalin 65 000 Juden deportierte, wurden die Juden von Ukrainern und Polen zum Sündenbock für die sowjetische Herrschaft erklärt.

Sie machten auch Juden für die Morde des NKWD-Chefs Lawrentij Berija verantwortlich. Dieser hatte nach dem schnellen Vorrücken der Wehrmacht im Juni 1941 den Befehl gegeben, die politischen Häftlinge der überfüllten Geheimdienst-Ge-

fängnisse kurzerhand zu erschießen. Musial schätzt die Zahl der Opfer allein für Ostpolen auf rund 30 000.

In Zloczów, dem Ort der umstrittenen Fotos aus der Wehrmachtausstellung, trieben ukrainische Paramilitärs nach der Flucht des NKWD vor der Wehrmacht die Juden der Stadt zur Zitadelle, die dem NKWD als Gefängnis gedient hatte. Dort mussten sie die vom NKWD verscharrten Leichen ausgraben, anschließend wurden sie selber massakriert.

Die Pogrome wüteten gleichzeitig in über 30 Orten Ostpolens und kosteten einige zehntausend Juden das Leben. Musial macht die Opfer mit verantwortlich: „Die antijüdischen Emotionen resultierten aus dem Verhalten, das nicht wenige Juden an den Tag legten“; erst der sowjetische Terror habe die Pogrome „ausufern lassen“.

Als ob er die Thesen Ernst Noltes, der den Historikerstreit verursachte, auf das Schlachtfeld übertragen wolle, legt Musial nahe, dass der Holocaust Folge des sowjetischen Partisanenkriegs sei. Dabei hatte Hit-

„Die antijüdischen Emotionen resultierten aus dem Verhalten, das nicht wenige Juden an den Tag legten“

Historiker Musial



J. MÜLLER

ler erklärt, wie Musial selber schreibt, dass die Freischärler „uns die Möglichkeit (geben) auszurotten, was sich gegen uns stellt“.

Solche Passagen rücken Musial in zweifelhaftes Licht. Daran ändern auch salvatorische Klauseln nichts, mit denen er sich von seinen Thesen wieder distanziert. Mal schreibt er, es könne „keine Rede davon sein, dass erst die sowjetischen Verbrechen die deutsche Seite veranlasst hätten, einen derart brutalen Krieg zu führen“. Dann versucht er, das Gegenteil zu belegen und zitiert Wehrmachtsoldaten wie Franz Josef Strauß. Der spätere CSU-Vorsitzende war in Lemberg dabei, als die NKWD-Opfer geborgen wurden. Der Anblick, so Strauß, sei „unbeschreiblich“ gewesen: „Immer wieder tritt aus den Wolken eines bestialischen Gestanks eine Polin, eine Ukrainerin auf mich zu, packt mich, weint und schreit, zeigt Fotografien von Mann oder Sohn“.

Musial behauptet, dass viele deutsche Soldaten „nun“ kein Mitleid mehr konnten. Dabei hatte Hitler schon im März 1941 die Wehrmacht darauf festgelegt, „vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abzurücken“. Die sowjetischen Verbrechen mögen bei der Motivation der Truppe hilfreich gewesen sein, nötig waren sie nicht.

KLAUS WIEGREFE

Umstrittenes Foto aus Zloczów 1941
Mord in der Zitadelle

